

Ä-K22-207 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 02.01.2024

Änderungsantrag zu WP-5

In Zeile 26:

~~Erfolg bedeutet für deutsche Unternehmen immer noch in erster Linie: Die Gewinne steigen und steigen. Aber wollen wir den Konzernen mit Rekordgewinnen, dessen Produkt eine tödliche Belastung für die Allgemeinheit darstellt, wirklich als Beispiel für erfolgreiches Wirtschaften hochhalten? Nein, die klassische ökonomische Erfolgsmessung steht in direktem Widerspruch zu einer nachhaltigen, klimaneutralen und krisenfesten Wirtschaftsweise. Das Gegenmittel heißt „Gemeinwohlorientierte Bilanzierung“. Die gemeinwohlorientierte Bilanzierung bewertet den Erfolg eines Unternehmens nicht allein anhand klassischer finanzieller Kriterien, sondern rechnet auch Kosten und Nutzen für Gesellschaft und Umwelt ein. Wir wollen Unternehmen mit Landesbeteiligung und Privatunternehmen bei der Einführung der gemeinwohlorientierten Bilanzierung beraten und unterstützen.~~

Wir setzen uns ein für eine Wirtschaft, die ressourcenschonend arbeitet, ihre Geschäfte transparente führt und faire Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeitenden garantiert.

Die von der EU für alle Mitgliedsländer eingeführte verbindliche Nachhaltigkeitsberichterstattung für bestimmte Unternehmensgrößen und das deutsche, wie europäische Lieferkettengesetz tragen schon heute dazu bei, dass Unternehmen fairer und nachhaltiger wirtschaften. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen dabei unterstützt werden, diesen strengeren Berichtspflichten nachzukommen und die damit verbundenen ökologischen und sozialen Bedingungen zu erfüllen.

Uns sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt und eine nachhaltige und gesunde Arbeitsumgebung wichtig.

Darüber hinaus setzen wir uns für gemeinnützige Arbeitgeber, Genossenschaften, Sozialunternehmen und solidarische Gemeinschaften ein. Wir möchten auch ökologische und soziale Beschaffung in der Verwaltung fördern. Landeseigene Betriebe wollen wir bei der Einführung von Gemeinwohlbilanzen unterstützen und interessierte privatwirtschaftliche Unternehmen dazu ermutigen.

Die gemeinwohlorientierte Bilanzierung bewertet den Erfolg eines Unternehmens nicht allein anhand klassischer finanzieller Kriterien, sondern rechnet auch Kosten und Nutzen für Gesellschaft und Umwelt ein.

Begründung

Die Gemeinwohlorientierte Bilanzierung war ein wichtiger Schritt, um auch in Deutschland Unternehmen stärker für die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu sensibilisieren. Die EU hat mittlerweile Nachhaltigkeitsberichtsstandards (CSRD) verabschiedet, in die sukzessive mehr Unternehmensgrößen miteinbezogen werden. Die europäische EFRAG (European Financial Reporting Advisory Group) hat zum Ziel die EU bei den Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und unterstützen. Die 2010 gegründete Gemeinwohlökonomie (GWÖ) ist seit 2022 Mitglied der europäischen EFRAG und bringt sich bezüglich der entsprechenden Standards ein. Vor dem Hintergrund der von Unternehmen immer wieder bemängelten erhöhten bürokratischen Anforderungen, wollen wir darauf verzichten, ein interessantes Instrument, wie die gemeinwohlorientierte Bilanzierung, als Kriterium für z.B. Kreditvergaben einzuführen, wenn

gleichzeitig europäische Berichtspflichten ähnliche, aber verbindliche, Anforderungen stellen. Außerdem sieht die CSRD vor, dass die gesamte nichtfinanzielle Berichterstattung von Unternehmen in einem Bericht zusammengefasst wird und keine weiteren separaten nichtfinanziellen Berichte erstellt werden. (Noch) nicht entsprechend berichtspflichtige Unternehmen unterstützen wir gerne bei Interesse bei der Erstellung von Gemeinwohlbilanzen. Hinzu kommen das bereits geltende deutsche Lieferkettensorgfaltsgesetz und das weitergehende europäische Lieferkettengesetz, das bis zur Landtagswahl in Kraft sein wird. Wir haben in Deutschland und EU bereits Erfolge erreicht hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen. Daher verzichten wir auf die Forderung nach weiteren aufwändigen Berichten.